

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Willen, Rausch  
Innen- und Außenpolitik sowie Wirtschaft und Kultur 10 Pf.  
Durch die Post bezogen wöchentlich 10 Pf. unter Bezugnahme auf Deutsches und  
Ostdeutschland 10 Pf. — Erhöhung auf 12 Pf. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Dr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 2400.  
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.  
Circulation: Dr. Zwingerstraße 14. Tel. 1760.  
Veröffentlichung von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Bezirksamt werden die gesetzlichen Prinzipien mit 25 Pf. berechnet, zu besonderen  
Witterungs- und Wetterlagen wird Rabatt gewährt. Bereitschaftspflicht 20 Pf. Interesse müssen  
bis spätestens 10 Uhr früh in der Redaktion abgegeben sein und sind im  
Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 147.

Dresden, Mittwoch den 29. Juni 1910.

21. Jahrg.

## Sturm und Drang!

Die letzten Reichstagswahlen haben den sicheren Beweis erbracht, daß die Massen des Volkes des dumpfen und lärmenden Gewissens überdrüssig geworden sind, den die verhängnisvolle Machtlosigkeit höchstes Rücksichtslosigkeit über das „Reich der Kultur und Freiheit“ verhängt hat.

In Tausenden und Abertausenden drängt der entschlossene Wille, jenen Band zu brechen, mit denen Abrechnung zu halten, die Unfreiheit über die arbeitende Klasse gebracht haben. Die Gedanken des Sozialismus breiten erstaunlich vorwärts. In breiten Schichten, die bisher dem Sozialismus fern standen, ist die Erkenntnis lebendig geworden, daß der Sozialismus Erziehung und Befreiung bedeutet, daß allein die Sozialdemokratie zuverlässiger Streiter gegen Unrecht und Tücke, gegen Rücksicht und schamlose Ausbeutung, gegen Vollstrecker und Vollstreter ist.

Es genügt aber nicht aus Erbitterung und berechtigter Entrüstung sozialdemokratisch zu wählen. Wer den Kämpferreihen der Sozialdemokratie fern bleibt, zählt nicht mit zu den Schöpfern des großen und heiligen Werkes der Menschheitserbildung.

Um manhaft und tapfer, opferfreudig und entschlossen in den Sturmkolonnen des klassenbewußten Proletariats zu wirken, bedarf es einer ernsthaften Schulung für den schweren Kampf.

Eine solche Schulung gibt die Arbeiterpresse, die auferkomm und frisch die politischen Vorgänge und Entwicklungen verfolgt. Sie Freunde und Gegner brandmarkt, ihre Anschläge und Hochheiten enthält, die Massen warnt und auf das Kampffeld ruft.

Während die bürgerliche Presse sich bemüht, die Massen abzulenken, zu trösten und einzuschläfern, während sie ihren Rahmen darin sucht, ihre schriftlichen Giftpfeile gegen die Arbeiter zu entsenden, die Schäfer aller Werte zu verleumden und zu beschimpfen, will die Arbeiterpresse die politische Einsicht verschaffen, daß politische Augenmaß schärfen, die Indifferenzen und Gleisgängen aufzuheben, die Pläuseien und Verzweifelten zu neuem Kampf für die Leidensinteressen der Unterdrückten anteuern.

Jeder Kämpfer aber, dem sich die Tiefe sozialistischer Erkenntnis erschloß, der sich bewußt ist, daß er durch den Kampf für gerechte Menschheitsgüter seinem Leben Inhalt, Wert und Bedeutung gibt, hat die Pflicht, mit dazu beizutragen, daß die Kämpferreihen der Sozialdemokratie verstärkt werden, daß neue Streiter, neue Genossen gewonnen werden.

Diese ernste und gründliche der Pflichten fordert in erster Linie unablässige Verarbeitung für die Arbeiterpresse, für die

## Dresdner Volkszeitung.

Wo noch Indifferenzen sind, unaufgeklärte, die in unbegreiflicher und törichter Selbstverblendung die gegenseitige, arbeiterfeindliche Presse lesen und unterstützen, ist ein fruchtbares und dankbares Arbeitsfeld für jene Verarbeitung.

Die Dresdner Arbeiterschaft hat sich in der

## Dresdner Volkszeitung

das Schwert geschmiedet, daß sie gleicher Menschen, weil sie keine Freiheit haben.

Den Arbeitern und all denen, die unter der Fasch und Färbigkeit der gegenwärtigen schlimmen Verhältnisse leiden, ist sie Freund und Führer, Helfer und Förderer, Kampfgenosse und Waffenbruder.

## Werbet neue Leser! Werbt neue Kämpfer! Parteipflicht und Parteiinteresse rufen Euch zur Arbeit!

### Ministerkrise und reaktionärer Großblock

An der Spitze der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung wird von den neuesten Ministerfürstern nunmehr wie folgt Rüttelung gemacht:

Wie wir hören, gebietet der Kaiserliche Hofschreiter in Paris Fürst von Radolin von seinem Sohn zurückzutreten, um die bisher von seinem fürstlich verstorbenen Sohn geleitete Verwaltung seines ausgedehnten Besitzes zu übernehmen, was seine dauernde Anwesenheit in Deutschland unerlässlich macht. Zu seinem Nachfolger ist der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen in Aussicht genommen, während der Kaiserliche Hofschreiter in Pulaire von Rittern. Wälder die Leitung des Auswärtigen Amtes übernehmen wird. Dem aussichtsreichen Staatssekretär hat Seine Majestät der Kaiser sein Edikt mit Unterschrift und dem Fürstentum von Radolin die Brillanten zum Kreuz der Großkreuze des Hohenzollerns hauptsächlich verliehen.

Wie wir hören, gebietet der Kaiserliche Hofschreiter in Paris Fürst von Radolin von seinem Sohn zurückzutreten, um die bisher von seinem fürstlich verstorbenen Sohn geleitete Verwaltung seines ausgedehnten Besitzes zu übernehmen, was seine dauernde Anwesenheit in Deutschland unerlässlich macht. Zu seinem Nachfolger ist der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen in Aussicht genommen, während der Kaiserliche Hofschreiter in Pulaire von Rittern. Wälder die Leitung des Auswärtigen Amtes übernehmen wird. Dem aussichtsreichen Staatssekretär hat Seine Majestät der Kaiser sein Edikt mit Unterschrift und dem Fürstentum von Radolin die Brillanten zum Kreuz der Großkreuze des Hohenzollerns hauptsächlich verliehen.

Als gefährlich die Amtszzeitung die überraschende Meldung vom Rücktritt ihres Ministerfreundes Rheinbaben brachte, fragte sie hingegen: Herr v. Rheinbaben sei freiwillig aus dem Amt geflohen, weil er doch etwas amüsiert geworden und nach dem ruhigeren Oberpräsidentenposten am Rhein Schritt empfand. Auch in den offiziellen Mitteilungen und in dem lauernden Schreiben an Rheinbaben ist natürlich die Rede von der „nachdrücklichen Aufklärung“ des Ministers. Die wirtschaftlichen Gründe der Abfindungnahme Rheinbabens sind, wie wir schon gestern unter dem ersten Eindruck der Nachricht ausführten, andere. Eine Zweifel hat sich Rheinbaben in Gefahr, daß ihm durch Bethmann-Hollweg peinliche, seinen Stolz schmähende Humoristen auferlegt würden, oder daß er gar bald ebenso bald aus dem Amt fliegen könnte, wie es jüngst den Minister v. Böllow und v. Arnim gelang. Rheinbaben fühlte sich schon nach Böllows Abgang als der Nebengangene. Daß Bethmann-Hollweg ihm vorgezogen wurde, ertrug er in der Hoffnung, daß seine Lage doch bald kommen würde. Seitdem ist das Verhältnis zwischen ihm und dem Reichsfanzer ein gebrochtes geblieben. Er ist dem Reichsfanzer bei den Kämpfen um die preußische Wahlrechtsreform nicht eine Hilfe, wie Bethmann sie wünschte, sondern ein Hindernis gewesen.

Es konnte sich also schließlich zwischen diesen beiden Männern nur noch darum handeln: Er oder ich. Und Bethmann hat die Oberhand behalten.

Der Vorrat hat gestern aus besonderer Quelle erfahren, in welcher Art die Krimi und Motive abgehandelt worden sind. Es ging ihnen die laconische Zulicht zu des Inhalts: Mit Stolz auf die Notwendigkeit, die Homogenität des Staatsministeriums zu festigen, werden Sie eracht, sofort Ihren Rücktritt zu nehmen. In diesen drohenden Worten liegt aber allerdings auch die wirkliche Ursache der Ministerkrise deutlich ausgesprochen. Herr v. Bethmann-Hollweg ist im höchsten Maße unbefriedigt und verzerrt über die Entwicklung der politischen Verhältnisse, über das Scheitern seiner Wahlrechtsperimente, über den immer wieder begreiflichen Wechseln zwischen dem schwarz-blauen Blod und anderseits über die außerordentliche Erbitterung im Lande draußen, über die großen Siege der Sozialdemokratie. Daß es dahin gekommen, führt er zum guten Teile wenigstens, auf die nicht genügende Homogenität (Gleichheit, innere Vereinigung) in den oberen Reichs- und Staatsämtern zurück. Er sieht nicht in seinem Vorgänger Böllow und in sich selbst die Schuld an all der Wirren, die über die innere Politik hereingetragen ist, sondern nur in seinen Ministergehilfen, die ihn nicht genügend unterstützen, die nicht genug seine Politik begleitet und gefördert haben.

In diesem Mingen zwischen dem Chefbeamten und seinen Ministerkollegen ist Bethmann-Hollweg — wenigstens vorläufig! — Sieger geblieben. Das heißt: er hat den Kaiser auf seiner Seite. Es ist aber auch leicht begreiflich, warum der „philosophische“ und ledern langweilige Bethmann sich in diesem Hause als der Stärkste und der forsch „schniedige“ Rheinbaben als der Schwächste erweist. Bethmanns politisches Lösungswort ist die Parole: Die Regierung will keine Parteiregierung sein. Wie dieser Vorhang hat Bethmann den Beifall seines Herrn, der entscheidenden Stelle. Denn seine Parteiregierung, d. h. die uns nichts anderes als kaiserlich-königliche Regierung, als absolutistische Regierung, als Beamtenregierung, die den Schein wahrt, daß sie die Parteien leitet anstatt von ihnen geleitet zu werden. Darüber im letzten Grunde ist ja Böllow zu Fall gekommen, daß er sich also sehr auf parlamentarische Konstellationen und Reihenheiten eingelassen hat, anstatt, wie die Hoffnung verlangten, die „Regierung Seiner Majestät“ festzuhalten. Dielen fehlte Böllow zu vermeiden, ist das Ziel, das sich Bethmann-Hollweg vom ersten Tage seiner Rangierkraft gestellt hat. Mit diesem Ziele aber steht die ausgeprobte, offene und brutale Reichsbeherrschung des schwarz-blauen Blods in Widerpruch. Es ist schwer erträglich auch für Wilhelm II., daß die Handelsbank und Herold die von ihm gewollten Gesetze dreist in den Tod werfen. Wilhelm II.

tut gern alles für die Konterrevolution und Migratier, er ist kein Freund der Klerikalen und des Pastors, aber die Konterrevolutionen und Klerikalen sollen nicht nach außen hin zeigen, daß sie die Herrscher über den König von Preußen sind. Und Rheinbaben stand auch auf der Seite dieser, die das Ende des Königs herabgesogen haben. Wie einst die Konsolrebellen, die des Königs Worte: Gebaut wird er doch zu schanden machen, gemahngestellt wurden, so wird jetzt der Künster gemahngestellt, der es aussieht mit denen nicht, die des Königs Worte bezüglich der Wahlrechtsreform: „Es ist mein Wille...“ zugrunde zu richten. Dabei ist kein Zweifel, daß jetzt wie in den Zeiten der Konsolrebellen die Konservatoren ideologisch sich als die stärkere erweisen wird. Wie die gemahngestellten Konsolrebellen bald zu hohen Ehren stiegen, so wollen auch jetzt die preußischen Künster genau, wie sie ihre Waffe wählen werden.

Bethmann-Hollweg hat sich anstrengend auch einen besonders günstigen Moment erarbeit. Erst wurden auf Liebenberg bei den Eulenburgern Minister gestürzt und Minister gemacht. Jetzt wird die Kielser Woche wählenden Staatsmännern gefährlich. In Kiel umgeben den Kaiser nicht bloß Künster und Konservatoren, sondern die reichen Kommerzienräte und Generaldirektoren der Großbourgeoisie. Diese Leute aber sind nicht vom schwarz-blauen Blod, sie sind „trekkontraktiv“ und reaktionär-nationalliberal. Sie mögen dem Kaiser geholfen haben, daß es doch nicht geht, mit Konservativen und Zentrum einheitig zu regieren, daß auch die Großkapitalisten der Industrie und des Handels dabei sein wollen.

Da zeigt sich die Homogenität des Ministeriums, die Bethmann-Hollweg erzielt. Bethmann hat die konterrevolutionäre Blödpolitik Böllows mitgemacht. Nach dem Zusammenbruch dieser Politik ist er zur alten Idee der Kastell- und Sammelpolitik aller Staatsverhältnisse und nationalen Parteien zurückgekehrt. Er hat es aufgegeben, das Zentrum auszufallen, aber er will auch die Kleinheitlichkeit des Konservativen Bundes über die Regierung nicht lassen, er will seinen Begriff von der „Regierung über den Parteien“ in den Parlamenten durch die Angliederung der Nationalliberalen, wenn nicht auch des Zentrums, verwirklichen. Bei diesen Abfischen war ihm Rheinbaben im Wege. Er mußte verhindern. Der Nachfolger, der bisherige Oberbürgermeister von Magdeburg Dr. Lenge, geht durchaus in das Programm, daß sich Bethmann gestellt hat. Er, der als Konservatormitglied sich in trekkontraktiv-reaktionär-nationalliberaler Richtung veräußert haben läßt, ist auszusehen, die reaktionäre Großblödpolitik des Reichskanzlers zu fördern.

Ob das politische Experiment Bethmann-Hollwegs mit neuen Männern besser gelingen wird als mit den alten? Gewiß wird der rechte Flügel der Nationalliberalen freudig in die ausbreiteten Arme des langen Thobald stürzen, um an der Macht teilzunehmen, um Künster und Ehren eingezubringen, um die Interessenspolitik des industriellen Großkapitals zu fördern. Eine andere Frage aber ist es, ob nicht ein großer Teil der mehr links gerichteten Nationalliberalen ablehnen wird, auf die neuen reaktionären Abberungsversuche einzugehen. Und eine noch schwierigere Frage wird es für Bethmann-Hollweg sein, die gegenläufigen Parteigruppen, die er um sich zu scharen bemüht ist, wirklich und auf längere Dauer zusammenzuhalten. Sollte es ihm aber gelingen, Zentrum, Konservative und Reaktionär-nationalliberalen zu einer Union zusammenzuschließen, so würde uns Sozialdemokratie diese Entwicklung nur sehr willkommen sein. Dann ist das Kampffeld klar und das deutsche Volk wird zu kämpfen wissen.

Die bürgerliche Presse ist vielfach noch in überzeugt durch den Ministerwechsel, daß sie zu einem Urteil nicht gelangen kann. Am allgemeinen zeigt sich in den kontraktiven Blättern großes Bedauern über Rheinbabens Rücktritt, während ein Teil der nationalliberalen Blätter bereits wieder von seinen pessimistischen Betrachtungen der letzten Zeit zu grüblerischer Hoffnungsfreudigkeit übergeht. Interessant ist besonders die Bemerkung der Zentrum-Berliner:

Politisch läuft der neue Finanzminister, der im 50. Lebensjahr seit der nationalliberalen Partei zusammengen ist. Weißt du, daß inzwischen die Nationalliberalen die Abstimmung an dem Reichstag angenommen. Seine Ernennung beeindruckt und jedoch nicht zum Böllow-Blod darüber doch wohl die Münze nicht möglich sein; wenn aber die Verschönerung der Parteien angeholt wird, die sich früher lange Jahre in positiver Arbeit zusammengefunden haben, so kann es uns auf recht sein.

Das Zentrum erklärt sich bereit, die Überuren in den reaktionären Bund wieder aufzunehmen und mit ihnen gemeinsam die „positive Arbeit“ des Zollwunders und der Volksausplündering zu betreiben!

Der Wechsel im Auswärtigen Amt wird dadurch charakterisiert, daß die große englische und französische Presse den Abgang des Herrn v. Schön lebhaft bedauert, während unsere alldemütigen Geblätter den bisherigen Geländern in Pulaire, Herrn v. Rittern-Wälder, als neuen Herrn im Auswärtigen Amt freudig willkommen deuten. Gibt sie bedauern die freundlichen Worte, die die Auslands-Presse dem ehemaligen Staatssekretär widmet, natürlich eine Beurteilung seiner Wirksamkeit. Wir haben die gehässigsten Kritiken,





# Von Vorteil

## Bezirk Ottendorf-Weixdorf

Sonntag den 3. Juli, nachmittags 2 Uhr, im Gasthof zum treuen Hund in Seifersdorf bei Radeberg

### Bezirks-Versammlung

Tages-Ordnung:  
1. Jahres- und Ratsbericht. 2. Neuwahl der Bezirksverwaltung. 3. Bezirksangelegenheiten.

Die Vereinigungen werden erlaubt, vollauf zu erscheinen.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Bezirksteleiter.

NB. Nach Schluß der Versammlung: Gemeinsamer Spaziergang durch das Seifersdorfer Tal.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Dresden u. U.

## Gelbmetall-Industrie!

Sonntagnachmittag den 3. Juli 1910, abends 9 Uhr  
im großen Saale des Volkshauses, Altenbergstraße 2

## Geöffn. Versammlung

für alle in der Gelbmetallindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeitnehmer.

Tages-Ordnung:

Vortrag: Die Kunst im Hause. Herr Schriftsteller Bobaldt.

Debatte. — Verbandsangelegenheiten.

Es ist Pflicht aller in dieser Industrie Beschäftigten, in der Versammlung anwesend zu sein.

Mit folgendem Brief

Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Bauarbeiterverband

Zweigverein Dresden.

Donnerstag den 30. Juni, abends 9 Uhr

## Kalk- u. Ziegelträger-Versammlung

im großen Saale des Volkshauses, Altenbergstraße.

Tages-Ordnung:

Stellungnahme zu dem von den Unternehmen vorgelegten

Wertordnun. — Debatte.

Das Erscheinen aller Kollegen erwartet

Mitgliedsbuch legitimiert!

Die Rohstoffkommission.

## Verband der Fabrikarbeiter

## Zahlstelle Plauenscher Grund.

Sonntag den 3. Juli, nachmittags 2 Uhr

## General-Versammlung

im Sächsischen Wolf, Teubn. (H. Saal).

Tages-Ordnung:

1. Bericht über: Die Arbeitslosen-Fürsorge für Staat und Gemeinde. Referent: Kollege Beck.

2. Geschäfts-, Rechts- u. Rechtsbericht. 3. Kassierbericht. 4. Wahl der Delegierten zur Gesamtvers. 5. Verbandsangelegenheiten.

Bei der Wichtigkeit der Tagerversammlung ist ein zahlreiches Erscheinen notwendig.

Die Ortsverwaltung.

Den Kollegen und Kolleginnen diene zur Meldung, daß die nächste Bücherverkäufe am Mittwoch stattfindet. Die Mitgliedsbücher sind deshalb zum Abholen bereitzulegen.

Soeben erschienen:

## Die Erhöhung der Zivilliste

Reden der sozialdemokratischen Abgeordneten

**Adolf Hoffmann und Paul Hirsch**

im preußischen Abgeordnetenkabinett am 7. und 8. Juli 1910

Preis 15 Pf. (Porto 8 Pf.)

Zu bestellen durch die

Volksbuchhandlung, Dresden-A., Gr. Zwinglerstraße.

## Bäckerei U. Dürkop, Blotenbauer-

Strasse 9, Nr. 60

empfiehlt zum Quetschweckel der gebratenen

Lebkuchenheit kein vorzügl. Frühstücksgedäch.

## Möbel-Transport, Verpackung und Spedition.

von Möbeln, Verträgen und Gütern jeder Art im neu erbauten neuverbaute

Lagerhaus in Mitte der Stadt.

## Transport

von Reisegepäck aus und nach den Bahnhöfen, in und außerhalb der Stadt.

mit Auto und Drosch.

Vollständige Garantie bei soliden Preisen.

Kontor: Marienstraße 10.

Bernreuther 6488 (siehe unter Dienstmann).

J. Grosse, Verlaut.

## I. Rote Dienstmanns-Genossenschaft Express

Kontor: Marienstraße 10.

Bernreuther 6488 (siehe unter Dienstmann).

J. Grosse, Verlaut.

## Hüllers Gartenrestaur.

25 Palmstrasse 25.

Empfehle meine schönen

Gärten und Terrassen mit Tische mit Sitzbänken alle

zu Festlichkeiten.

— Vogelwiese! —

## Mickel-Max

Strasse 7.

## Konsumverein

## "Vorwärts"

## Dresden

empfiehlt

## Speise-Kartoffeln

neue Magdeburger

Pfund 7 Pf.

## Heringe

neue Ebettland langfüllig

Stück 8 Pf.

## Postkarten

mit eigener Fotografie

4 St. 1 Kr. Tagessatz 1.80 Kr.

liefern

Photograph Richard Jähnig

Marienstraße 10. in einer Stunde

an der Unsel

geliefert. Da

Sabatini, die

richtige Person

mit einem kommandanten

berichtet aus: —

Gericht sei schon

Ruhe gesichert,

Polizeibehörden

die Anlehnung

an Ausflücht

ausflüchtende

Ministerialdirekt

abend nicht

großen Wehrmacht

in den

mit dem Grun

et die Reg

meinden b

retung als

der Voraus

Wahlberechtigt

rechte nichts

zu erwarten

# 1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Rz. 147.

Dresden, Mittwoch den 29. Juni 1910.

21. Jahrgang.

## Sächsische Angelegenheiten.

Neuregelung des sächsischen Gemeinderechts?

III.

Zur Frage des Aufführungsbefreiung über die Gemeinden äußerte sich Ministerialdirektor Rumpelt im Auftrage der Regierung dahin: Die Frage ist schwierig zu lösen. Es sei nicht ausgangig die Rücksicht darauf zu beziehen, ob eine Gesetzesverfügung vorliege. Dadurch mache sich eine große Verzerrung der geleglichen Vorrichtungen erforderlich, wodurch auch eine erhebliche Enthaltung der Gemeindeverwaltung in der Freiheit ihrer Entscheidungen verhindert werde. Die Regierung sei damit einverstanden, dass die Aufführungsführung mit Wahlen umgehen werde; das Aufführungsbefreiung solle und dürfe nicht zu einer lästigen Fessel werden.

Von sozialdemokratischer Seite wurde darauf entgegnet, dass die Gemeinden innerhalb des Rahmens der Landesgesetzlichen Bestimmungen ganz selbstständig bleiben müssten. Wenn es jetzt rückständige Gemeinden gebe, lage es zum guten Teil in den rückständigen Zuständen über die Zusammenfassung und Wahl der Gemeinderäte, die vielfach durch Disponentenstellungen als rückständiger gemacht würden. Daraus würden die Gemeinden verhindert, gerade die zu ihrer Fortentwicklung geeigneten Kräfte herauszuholen. Darauf erwiderte Ministerialdirektor Dr. Rumpelt: Durch das allgemeine Wahlrecht und das dadurch hervorgerufene Übergewicht der Winderbmittelten würden gerade die Kreise, die bisher so viel geleistet hätten, ausgeschaltet; sicher müssten die Winderbmittelten mit herangesogen werden, aber die ausschließliche Herrschaft dürften sie nicht erlangen.

Zu den Klagen über die Eingriffe in Gemeindeangelegenheiten durch Gendarmen führte der Ministerialdirektor Rumpelt aus: Es seien allerdings bei Verwendung von Gendarmen Missstände vorgegetreten; es hätte manchmal am Ueberreiter der Gendarmen, manchmal in der Unselbständigkeit der Gemeindevertreter gelegen. Darauf erwiderten mehrere Vertreter ländlicher Wahlkreise, die Gendarmen spielen sich vielfach als Aufsichtspersonen über die Gemeindevertreter auf und mischten sich in Dinge, die sie nichts angehen. Zur Frage des kommunalen Selbstverwaltungsbefreiung führte der Regierungsdirektor aus: Durch die Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts sei schon jetzt das Selbstverwaltungsbefreiung in weitem Maße gesichert, als es die Gemeinden dann, wenn sie um das Selbstverwaltungsbefreiung kämpfen, als Beteiligte antrieb und ihnen die Auseinandersetzung zugestellt. Wenn, wie die Regierung in Aussicht nehme, künftig eine Verteilung der Gemeinden aufsteile, so werde einer kleinen Gemeinde der Übergang zur neuen Gemeindereform nie schwierig sein. Sodann sprach sich Regierungskommissar gegen die Eingriffnahme der Auswärts- und Amtshauptleiter aus und wies darauf hin, dass dies aristokratische Einrichtung werden würde. Das zeigte sich, wo die Amtshauptleiter fast durchweg Rittergutsbesitzer seien.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen kam es auch zu einer Erörterung über das Gemeindewahlrecht. Tagte der Ministerialdirektor Rumpelt aus: Nach Ansicht der Regierung brauche in kleineren Gemeinden am Wahlrecht nichts geändert werden, denn diese seien in ihrer rohen Mehrzahl Gutsbesitzergemeinden und hätten ihren Ursprung in den Altgemeinden, bei denen Rechte und Lasten nur mit dem Grundbesitz verbunden gewesen seien. Dagegen sei die Regierung gewillt, in den größeren Gemeinden den Unanständigen eine stärkere Vertretung als jetzt einzuräumen, jedoch nur unter der Voraussetzung einer gewissen Klassifizierung der Wahlberechtigten, weil auch den bemitteilten Wahlberechtigten eine Vertretung gesichert sein müsse. Zu erwägen sei für solche Gemeinden die Einführung des Bürgerrechts. Man sieht, dass die Regierung eine schuhende Fürsorge für die bemitteilten Unanständigen an den Tag legt, denen durch eine Ausdehnung der Klassenwahl auf die Unanständigen eine Extrawurst gesichert werden soll. Der Hinweis auf die Einführung des Bürgerrechts ist auch reaktionärer Art, denn dann darf nur wählen, wer nach Hinterlegung erheblicher Gebühren und Überwindung einer Reihe Unanständigkeiten das Bürgerrecht erworben hat.

Zur Frage der Mitwirkung der Frauen in der Gemeindeverwaltung führte der Ministerialdirektor aus, die Regierung sei nicht gegen eine Vermehrung des Anteils der Frauen an der Gemeindeverwaltung, aber die sofortige Einführung des Frauenstimirechts müsste ein Widerspruch sein, dagegen sei der Regierung eine Mitwirkung der Frauen in einzuführenden Auschüssen erwünscht.

Gegen die Haltung der Regierung machten die sozialdemokratischen Mitglieder der Deputation, namentlich Geistliche Schule, mehrfach energisch Front.

Von der Aufhebung der selbständigen Gutsbezirke will die Regierung nichts wissen, dagegen sieht sie der in der Denkschrift ebenfalls geltend gemachten Forderung nach Einführung öffentlicher Gemeinderaets-Sitzungen, sowie grobere Gemeinderaets-Sitzungen, sowie der kleinen Gemeinden in Betracht kommen, zustimmend gegenüber, bei kleineren Gemeinden müsste vorausgefordert werden, dass ein größerer Raum vorhanden und eine ausreichende Geschäftsordnung aufgestellt sei. — Der Eintrag von Auskünften zur Vermögensaufstellung von Gemeindebetrieben leistet die Regierung Bedenken nicht entgegen.

Bemerkenswert ist noch die Verhandlung über das Bevölkerungsbefreiung der Gemeindevertreter. In der Denkschrift war deren Einschränkung gefordert worden. Dazu bemerkte zunächst der Berichterstatter, Abg. Seeliger, den Aufführungsbefreiungen müsse das Recht verbleiben, die Wahl von solchen Gemeindevertretern, die der Sozialdemokratie angehören, beunstanden zu können. Ministerialdirektor Rumpelt bemerkte dazu: In den Jahren von 1905 bis 1909 seien 3000 der Bevölkerung befreitende Wahlen vollzogen worden, haben seien 48 beanstandet worden. Da-

17 Rassen habe es sich um Personen gehandelt, die in einem mehr oder minder auskömmlichen Bugehörigkeitsverhältnis zur Sozialdemokratie standen. Der Gemeindevorstand und sein Stellvertreter sind, so führt der Regierungsdirektor vorwiegend weiter aus, Organe der Landesverwaltung, und da diese in Sachen verfassungsmäßig eine monarchische ist, kann dieses Amt von keinem Anhänger der ausgesprochen republikanisch gesinnten Sozialdemokratie bekleidet werden. In einer Republik wie Frankreich wird auch kein ausgesprochener Royalist als Träger eines obrigkeitlichen Amtes bestätigt. Überhaupt hat der Regierungskommissar mit dieser Erklärung die Sozialdemokratie gewiss nicht. Es ist die alte Praxis, die nur hier einmal etwas anders begründet wird. Früher waren die auf Umsturz gerichteten Bestrebungen der Anhänger, jetzt die republikanische Gefinnung. Man sieht, um Gründe ist man nicht verpflichtet.

Die Sozialdemokratie erwartet auch von einer Reform des Gemeinderechts nichts, aber sie wird alles einsehen, um auch hier den unteren Stoffen Geltung und Einfluss zu sichern und der Freiheit durch Bekämpfung der Engherzigkeit und Kurzsichtigkeit Vorurteile eine Gasse bahnen.

### Eine Königsreise.

König Friedrich August unternimmt gegenwärtig Informationsreisen durch Sachsen. Dieser Tage war er in Hainichen, Lommatzsch, Siebenlehn, Röthen und einigen anderen Orten. Es werden dabei auch Fabriken, nährdiche Anlagen, Ruinen, Kirchen usw. besichtigt. Von den durch einen Königsbesuch begünstigten Unternehmern wird natürlich vorher noch berücksichtigt, was für einen würdigen Empfang vorbereitet. Da wird repariert und geputzt, geschweift und gestrichen. So werden Potsdamer Töchter gerechnet. Der König sieht daher die Industriebetriebe nicht wie sie in Wirklichkeit sind, sondern in einem feierlichen Aufzug. Unter solchen Umständen ist es ganz unmöglich, einen richtigen Eindruck von den Dingen zu erhalten. Aber auch die städtischen Anlagen, ja die ganzen Städte prangen zumeist in einem festgewandte, das sie anders erscheinen lässt, als sie sind. Aus städtischen Mitteln sind Ehrenpforten errichtet, die Häuser mit Girlanden und Flaggen bedeckt werden. Eine unter solchen Umständen vorgenommene Information ist dann nur einen sehr problematischen Wert haben. Der König sieht die meisten Dinge nicht wie sie sind, sondern so wie sie für ihn extra aufgeputzt wurden.

Außerdem ist auch die für Besichtigungen angelegte Zeit viel zu kurz zu einer gründlichen Information. Das Hofmarschallamt, wo offenbar das Reiseprogramm zusammengestellt wird, scheint weniger Gewicht auf eine gründlichere Besichtigung zu legen; es scheint ihm darauf anzukommen, dass in einem Tage möglichst viel erledigt wird. Was in wenigen Stunden alles besichtigt, entgegengenommen und begrüßt werden soll, geht aus dem Programm über die Städte hervor, die der König besucht. In die Städte der Bornaer Pflege unternehmen will. Was dabei an einem Vormittag erledigt werden soll, zeigt folgender Auszug aus dem Programm:

Uhr  
8.30 vormittags von Schloss Weitersburg mit großflächigen Equipagen nach Radebeul.  
9.00 Aufunft Radebeul. Abmeldung des Emissäters des Hofmarschallamts Dr. Guntz, Borna, in Radebeul.  
9.00 Weiterfahrt mit Eisenbahn nach Bautzen.  
9.22 Aufunft Bahnhof Bautzen. Begrüßung durch einen Gefangenen verein am Bahnhof. Fahrt nach dem Herrmannsbad.  
9.30 Empfang vor dem Herrmannsbad. Ansprache des Bürgermeisters.  
Besichtigung des Herrmannsbaads, der umgebenden Anlagen sowie des Gewerbeschirms (Ansprache des Gaststätten-Gutsmann-Leipziger) und des Schlechtmüts.  
10.00 Zur Automobil vom Schlechtmüts nach der Stadt zur Besichtigung der Bläßhabrik von Gebr. Koch.  
10.00 Besichtigung der Fabrik von Gebr. Koch und Grätzsch in der Wohnung des Schlechtmüters Kommerzienrat Ernst Koch.  
11.25 Abfahrt über Bläßberg und Schönau nach Zeditz.  
11.45 Begrüßung in Zeditz vor der Kirche.  
11.55 Weiterfahrt von Zeditz (Platzen, Ronneburg) und Clemroda nach Regis.  
12.05 Ankunft in Regis. Empfang im Rathause. Ansprache des Bürgermeisters Rüger.  
12.15 Zu Fuß über den Markt (Rathaus) nach Vereinigten Maschinenfabrik und Stanzwerke A.-G. in Regis. Ansprache des Direktors Kübler.  
12.30 Besichtigung dieser Fabrik.  
12.50 Im Automobil nach dem Lagerhaus Regier Rohlfwerk. Ansprache des Verwaltungsdirektors Großgart.

12.55 Besichtigung dieses Lagerhauses.

1.02 Abfahrt über Clemroda nach Bobritzsch.  
Für den Nachmittag ist dasselbe Automobiltempo vorzusehen. Da sollen unter anderem Anlagen und Betriebe in Großschweidnitz und weiterhin Bobritzsch, Marienberg und Podelwitz besichtigt werden. Für Besichtigung einer Betriebsanlage sind in der Regel 10–20 Minuten angelegt, davon wird aber sicher noch einige Zeit durch Ansprachen in Anspruch genommen. Dass eine so kurze Zeit zu einer eingehenden Besichtigung nicht ausreicht, bedarf keiner Beweisführung.

Wir legen dieser Königsreise selbst keine Bedeutung bei. Die Entwicklung der Dinge hängt heute weniger davon, ob von dem Willen und der Fintur eines Monarchen ab. Aber wenn schon Informationen unternommen werden sollen, möchte, wenn der König wirklich einige Informationen erhalten soll, die Sache vom Hofmarschallamt doch etwas anders organisiert werden. Die Amtsblätter werden freilich finden, dass alles auto beste verlaufen ist und der König in alles Einsicht genommen hat. Tatsächlich dürfte es sich aber etwas anders verhalten.

### Freie Vereinigung sächsischer Kreiskrankenassen.

Rund dem soeben erschienenen Geschäftsbericht umfasste die Freie Vereinigung sächsischer Kreiskrankenassen im Jahre 1909 125 Rassen; zur Wirtschaftskammer haben 123 Rassen Berichte geliefert. Diese hatten 711.013 Mitglieder. Gegen 1908 ist das ein Mehr von ca. 30.000. Die Beiträge mihierten von einer ganzen Anzahl Rassen erhöht werden; im russischen Zollabfuhrungen schwer getroffen worden. Da sich

Durchschnitt stiegen sie von 2,80 Proz. im Jahre 1908 auf 2,92 Proz. im Jahre 1909. Insgesamt hatten die Rassen eine Einnahme von 20.767.178 M., worunter sich 19.553.244 M. Mitgliederbeiträge befinden. Das ist gegen das Vorjahr eine Mehrnahme von 17 M. pro Mitglied. 114 Rassen hatten selbstbestimmte Rassenräte, 39 die freie Kreismahl. 77 Rassen bezahlten die Rente nach Einschätzungen, die übrigen nach irgend einem festen Maßstab. Das Unterstützungsweisen ist verschiedentlich ausgebaut worden. Etwa 40 Rassen bezahlen mehr als die Hälfte des durchschnittlichen Tagelohnes als Krankenzoll, etwa die Hälfte aller Rassen das ganze oder teilweise die Ratenzeit für die Krankengeldgewährung abgeschafft. Familieneinschüttung in irgend einer Form gewähren 76 Rassen. Die Ausgaben für Kranken und Heilmittel sind pro Mitglied von 3,54 M. im Jahre 1908 auf 3,60 M. im Jahre 1909 gestiegen. Für sämtliche Rassen beträgt das 125.763 M. Das ist eine Folge der fortgesetzten Erhöhung der Krankenlager. Bei allen Rassen zusammen verminderen sich die Erwerbsunfähigkeitsfälle von 25.1902 im Jahre 1908 auf 24.600 im Jahre 1909. Gleichwohl ist die Aufgabe an Krankengeld um 101.715 M. gestiegen, was zum Teil eine Folge der vielleicht eingetretenen Erhöhung dieser Unterstützung ist. Die Krankenhauspflege nimmt ständig erweiterten Umfang an. 1909 wurden 25.550 Mitglieder, 1048 mehr als 1908, versorgt. Beider steigen auch fortgesetzt die Verspätungen. Die Männerinnen sind der Zahl nach gleichgeblieben, die Sterbefälle verminderen sich um 130. Der Jahresüberschuss bei allen Rassen betrug 633.128 M., das Vermögen 16 Millionen Mark. 115 Rassen haben die vorgeschriebene Höhe des Reservefonds noch nicht erreicht. — An Invalidenversicherungsbeträgen vereinahmen die Rassen 9.404.215 M. oder 14.11 M. pro Versicherten. Die Rassen erzielen 563.225 M. für die Versorgung der Invalidenversicherungsgeschäfte.

Leibnitz L. B. Die Wahl des sozialdemokratischen Stadtvorordneten Rücker zum unbefohlenen Ratsmitglied hat eine Präsidentenwahl zur Folge gehabt. Der Stadtvorordnetenposthume Postel hat sein Mandat niedergelegt, weil er aus der Wahl des Sozialdemokraten zum Mitglied des Stadtrats schließen zu können glaubt, seine Rechte mehr hinter sich zu haben. Offiziell gibt die Bürgerschaft über diese kommunale Verwürdigung zur Logesordnung über.

kleine Nachrichten aus dem Lande. Durch den Geschäft eines verborbenen Schmiedes ist in Brodau bei Schönbach die Familie des Gutsbesitzers Krause unter Verlustigung verschiedenster Güter erkrankt. Frau Krause und die 18-jährige Tochter sind den Folgen der Krankheit bereits erlegen. Ein jüngeres Familienmitglied liegt noch krank daneben. — Vor einigen Tagen wurde in dem Schloss bei Schönbach an einem abfallenden Schmieden ein schweres Selbstmordverbrechen verübt. Der Täter ist jetzt in einem verdeckten Arbeiter unter Berthe bei Berthe versteckt zwischen; er wurde verhaftet und in das Amtsgericht Bautzen eingekerkert. — Sonntag abend warf sich in der Nähe von Neudörfel bei Kreuznach ein 28jähriges Mädchen aus Bobitz vor einem Personenauszug und wurde geschossen. Als Grund zur Tat wird unsägliche Liebe angegeben. — Im Niederböhmischem Steinbach am Vogelberg bei Rammen verunglückte ein galoppierender Reiter. Er fiel im Bergsteigeflüsse an den steilen schmalen Berghängen. — Riebergraben sind im Dorfe Weißa bei Bautzen das Wohnhaus des Wirtschaftsbürgers Wölcke und die Wirtschaft des Regelbedienten Niemand. — Verhaftet wurde eine auf dem Rittergut Lehn bei Bautzen beschäftigte Frau. Sie hat ihr unehelich Kind ungetreut und in die Haushaltsgabe geworfen. — Aus Gram über den vor kurzem erfolgten Tod ihres Mannes flüchtigte sich die 51jährige Witwe Bauer in 241310 Görlitz aus einem Fenster ihrer in der letzten Stufe belegenen Wohnung in den Hof hinunter. Sie war auf der Stelle tot. — Der Einbrecher Richter aus Oppenau flüchtete vor der Polizei, als er früh morgens vom Glashaus aus Schädeln bringend im Nebenraum auf einen Raum und stürzte aus beträchtlicher Höhe so ungünstig herab, dass er sich eine schwere Gehirnerschütterung zuzog. Heute ist der Mann seinen Verletzungen erlegen.

## Stadt-Chronik.

Würgesche Bege von Industrie und Handel im handelsamtsbezirk Dresden.

Dem Bericht der diesigen Handelskammer entnehmen wir folgendes: «Die im letzten Jahresbericht ausgesprochene Hoffnung, dass sich das wirtschaftliche Leben im Berichtsjahr wieder in aufsteigender Linie bewegen werde, hat sich im großen ganzen erfüllt. Das geschäftliche Leben zeigte am Jahreschluss ein wesentlich freundlicheres Gesamtbild als am Anfang. Freilich legte die Belastung im allgemeinen nicht so schnell ein, wie man vielleicht erwartet hatte. Der Geschäftsaufgang in der ersten Jahreshälfte unterschied sich in den meisten Geschäftszweigen sehr wenig von dem des Vorjahrs. Badische Unternehmungen arbeiteten noch mit verbleibtem Betrieb und mit vermindertem Arbeiterschlaf. In der zweiten Jahreshälfte brach sich aber mehr und mehr die Überzeugung Bahn, dass der wirtschaftliche Zustand überwunden sei. Die Kaufleute hatten sich gelichtet, und es regte sich wieder neue Unternehmungsbüst. Ebenso wie im Jahre 1907 der wirtschaftliche Rückgang von Amerika ausgegangen war, so gaben im Berichtsjahr auch die Vereinigten Staaten die Anregung zu einer günstigeren Beurteilung der Wirtschaftslage.

Abreisend fand die Belebung des Geschäfts wieder momentan in einer Steigerung des Verkehrs. Die Verkehrsleistungen der sächsischen Staatsbahnlinien erhöhten sich im Güterverkehr gegen das Vorjahr um mehr als 4 auf rund 101.4 Millionen Mark. Die Einnahmen der Postverwaltung an Post- und Telegraphengebühren aus dem Kammerbezirk stiegen von rund 19 auf 20 Millionen Mark. In den Dresdner Güddänen wurden an Gütern annähernd 100.000 Tonnen mehr umgeschlagen als im Vorjahr.

Allerdings geht diese Belebung in der Bege von Handel und Industrie nur langsam vor sich, da große Schwierigkeiten zu überwinden sind. Ganzlich hat sich das Abflugsgebiet der auf dem Weltmarkt angewiesenen deutschen Industrie seit dem Inkrafttreten der neuen Handelsverträge wesentlich verengt. Vieles Waren sind infolge der ungünstigen Zollvereinsschlüsse wichtige Absatzgebiete verschlossen. Die Industrie unseres Kammerbezirkes ist momentan durch die Österreichischen und Russischen Zollabschüttungen schwer getroffen worden. Da sich

unter dem Schutze der hohen Zölle die einheimischen Industrien in diesen Ländern merklich entweder, dürfte es nicht so leicht sein, die verlorenen Absatzgebiete wieder zurückzuerobern.

Im Berichtsjahr haben sich die Zollverhältnisse noch weiter verschlechtert. Die Vereinigten Staaten von Amerika, deren Zölle ohnehin schon zum Teil prohibitiv waren, haben durch ihre Zolltarifrevision mehrere für die Industrie des Kommerzbezirks wichtige Zölle abermals erhöht. Betroffen wurden vor allem die Industrie hauptsächliche Blumen, die graphischen Gewerbe und einzelne Zweige der Maschinen-, Metallwaren- und Textilindustrie. Im laufenden Jahr wird die französische Zolltarifrevision manchen Gewerbezweigen bedeutende Schwierigkeiten ihres Ausfuhrerfolgs bringen.

Um den Ausfall im Ausfuhrerfolg auszugleichen, bearbeiteten die betroffenen Gewerbezweige mit um so größerem Nachdruck den inländischen Markt. Von allen Seiten wird deshalb gefragt, daß sich der Wettbewerb bedeutend verschärft habe und daß daher die Verkaufspreise nicht in dem Maße hätten erhöht werden können, wie es der Erhöhung der Lieferungskosten entsprochen hätte. So ist nirgends drohte unter diesen Umständen die geistige Geschäftstätigkeit den erhöhten gestiegenen Gewinnen.

Auch im übrigen waren die Bedingungen für eine Belebung der Geschäftstätigkeit nicht besonders günstig. Zu Beginn des Jahres wurde die Unternehmenslust durch die in der Balkanpolitik zugegangenen politischen Ereignisse, die sich in bedeutsamer Weise aufsparten, gedämpft.

Durch die Reichsfinanzreform wurden zahlreiche Gewerbezweige schwer deuntersucht und betroffen. Zugleich wirkte die Unsicherheit über die Art und die Höhe der neuen Steuern auf die mit einer Belastung bedrohten Gewerbezweige lärmend. Die schließlich zur Annahme gelangten Steuergesetze erwiesen sich als eine schwere, einseitige Belastung von Industrie, Handel und Verkehr. Im Kommerzbezirk hatten besonders die Brau- und Tabakindustrie, die Spiritusverbrauchenden Industrien, die Süßwarenindustrie sowie der Groß- und Kleinhandel, dem die Aufgabe zufiel, die mit den höheren Verbrauchsabgaben beliefneten Waren abzufangen, unter den neuen Steuern zu leiden. Fast allenthalben zeigte sich die gleiche Entwicklung. Vor dem Infrastritt der Steuern legte eine außerordentlich starke Nachfrage ein, der trotz Anspannung aller Kräfte nicht genügt werden konnte. Mit dem Tage des Infrastritts hörte aber die Beschäftigung meist fast ganz auf, so daß sich allenthalben Betriebsstillstände und Arbeitserkrankungen und Arbeitsentlassungen notwendig machen. Die Arbeitnehmer hatten sich, soweit eine Nachverkürzung nicht in Frage kam, auf lange Zeit hinaus mit ununterbrochener Warte verorgt und hatten deshalb mit einem ganz geringen Bedarf. Ob es endgültig gelingen wird, die Steuern auf die Verbraucher abzuwälzen, kann sich erst zeigen, wenn die betroffenen Industriezweige wieder in einen regelmäßigen Geschäftsgang eingetragen sind. Jedenfalls hat aber der Übergang in die neuen Steuerverhältnisse vielen Gewerbetreibenden Arbeiten schwer und unendringliche Verluste gebracht."

Angesichts dieser aufs neue auch von der Dresdner Handelskammer befürchteten schweren Folgen der sogenannten Reichsfinanzreform für Handel, Gewerbe und Arbeiter droht sich wohl niemand über den Horn und die Empörung zu wundern, die jetzt das deutsche Volk beherrscht und sich so elementar bei den Nachwahlen bemerkbar macht.

#### Die „Verhandlung der Augustusbrücke“.

Der Verein zur wirtschaftlichen Förderung von Dresden-Riesa reicht der Elbe erachtet und um die Aufnahme einer Besprechung über die Aufgabe zur Brücke von Riesaer Seite. Beträctelt man jetzt die Arbeiten der letzten zwei Wochen auf Riesaer Seite, so hört man Steine Dinge zu und reden, die damit in jährem Verhältnis stehen. Jung und Alt sieht man am Blockhaus beobachtend stehen, doch kostümisiert und verwundert sieht man sie weitergehen. Man hebt den Schloßplatz, um das Riveau dem allgemeinen Verkehrsbedürfnis anzupassen. Auf Riesaer Seite fragt man sich aber offenbar nicht, ob die Brücke in ihrer Veranlagung dem allgemeinen Verkehrs auch wirklich voll zweckentsprechend gestaltet wird, sondern wie die fertiggestellte öffentliche Gangbahn und die in Angriff genommenen weiteren Arbeiten laut verlaufen, baut man hier die Brücke man möchte meinen ausschließlich unter dem Gesichtspunkte, ihr Riveau vor der Haustür des Grundstücks Augustusbrücke 2 (Eck Wölfe) mit dem Riveau des Hausturms dieses Grundstücks auszugleichen. Damit also die Tür eines fast abbruchreifen Grundstücks, dem im älteren Klimmen soll noch einige Jahrzehnte Lebenszeit beschieden sein sollen, nicht verbraucht wird, sollen Fußgänger, Motorwagen, Pferde, Automobile und Radfahrer Jahrhunderte, vielleicht ein Jahrtausend lang die Entwicklung ihrer Kräfte steigern und solche verschwinden, ganz abgesehen von den Gefahren, die bei Glatteis, Schnee, bettigen Regengüssen und dergleichen erzeugt werden und die hier garnicht weiter ausgemalt werden sollen; über sie würde die Presse der Zukunft berichten, wenn nicht noch in letzter Stunde Abhilfe geschaffen wird. Hat man nicht berechnet, wieviel Laufende für elektrische Kraft und Materialabnutzung hier allein beim Straßenbahnbetrieb verbraucht werden? Rechnet man nur einen einzigen Pfennig pro Motorwagen für jede Fahrt, so macht dies in einem Jahre etwa 10 000 M. aus, d. i. in 10 Jahren 100 000 M., und wie schnell sind 10 Jahre vorüber! Die Brücke aber ist für Jahrhunderte bestimmt! Hat man nicht mit etwaigen Schadenanträgen gerechnet, die gegen die Stadt erwachsen können, wenn nach heftigen Gewittergüssen das Wasser von der Brücke und dem Riesaer Markt sich in dem Tale vor dem Grundstück Augustusbrücke 2 jammeln und dessen Haustur und Läden überschwemmen wird? Wird die Abflussöffnung vor diesem Grundstück genügen? Genügen doch schon oft die Abflüsse auf ebenen Straßen nicht, weil die Schleusen das Wasser nicht lassen können.

Aber nicht nur der etwaigen Schadenanträgen wegen erscheint dieses Ziel bedenklich, auch der Fußgänger- und Radfahrerverkehr kann durch die zu erwartende Wasseransammlung manchmal auf geraume Zeit völlig unterbunden werden, so lange das Königsufer nicht gebaut ist, und selbst wenn über dieses die Brücke würde erreicht sein, so bildet der Umriss doch eine lästige Unbequemlichkeit für diejenigen, die solchen nicht beabsichtigt haben, insbesondere bei schlechtem Wetter. Auch bei besonders hohem Wasserstande der Elbe würde das gleiche eintreten.

Soll die Brücke schon in einigen Jahren wieder umgebaut werden, wenn sich diese Rücksände als unerträglich

herausstellen? Oder wird man solche in Kauf nehmen müssen, weil man sich dann scheuen wird, den Fehler in der jetzigen Ausführung anzuerkennen?

Noch ist es Zeit, ihm zu befehlen, aber freilich ist fortwährend entschiedenes Eingreifen nötig, denn täglich wird nach dem jetzigen Plane wie es scheint fast planlos weitergebaut."

#### Ortsstrandstraße Dresden.

Der Mitgliedsstand bezeichnete sich Ende des Monats Mai auf 118130, und zwar 68011 männliche und 50119 weibliche Mitglieder. Anmeldungen erfolgten 16485, unter denen sich 2496 lediglich für die Invalidenversicherung befanden, Abmeldungen 17411, darunter 2487 für die Invalidenversicherung. — Gezahlt wurden: Krankengeld an Mitglieder 96661 M., Familienunterstützung für in Heilanstalten untergebrachte Mitglieder 4422 M., Wechselfamilienunterstützung 9128 M. und Tierbegelde 5617 M. — In den Genehmigungen der Rose fanden 170 Flieglinge in der Dauer bis zu 4 Wochen Aufnahme, während 170 Mitglieder nach zusammen 1722 Beziehungen die Anzahl verließen. Von diesen Gefiederten sind vollständig erwerbstätig 117 und gebessert 53 entlassen worden. — Die Zahl derbeitragenden Arbeitgeber betrug am Monatsende 25176, und zwar 13677 für die Kranken- und Invalidenversicherung und 11490 lediglich für die Invalidenversicherung. An Beiträgen für die Krankenversicherung sind 286369 M. und für die Invalidenversicherung 12558 M. zu vereinnahmen, sowie für 127280 M. Beitragssummen anzufallen gewesen. Die Zahl der versicherungspflichtigen Personen für die letztere Versicherung betrug 127883, und zwar 68150 männliche und 59703 weibliche. In 218 Fällen waren Mitglieder wegen Zuwerbungsanträgen gegen die Vorschriften für erwerbsfähige Kranken mit Ordnungsstrafen zu belegen.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten am 30. Juni 1910, abends 7 Uhr: a) Die Errichtung eines Nachtrages zu dem mit der Fleischer-Innung über die Schließung des Innungsschlachthofes abgeschlossenen Vertrag vom 29. September 1905, b) die Einrichtung der Verwaltung des Vieh- und Schlachthofes und die Begründung der erforderlichen Beamtenstellen, c) die Gedankenordnung für den städtischen Vieh- und Schlachthof und d) den Entwurf des Haushaltplanes für den Vieh- und Schlachthof auf das 2. Halbjahr 1910. Die Annahme von doulousen Herstellungen in den Grundstücken Große Blauesche Straße 17 und Altpieschen Nr. 9 zur Unterbringung von Strafeneinrichtungs-Betriebsstellen der Lehrmeisterstelle III und V. Schreiben des Rates betr. den Antrag des Stadtverordneten auf Auskunftserteilung über die Betriebsergebnisse des Postamtswigeler Wasserwerkes und den Wasserdarf im Verantwortungsgebiet der Dresdner Wasserwerke. Die Errichtung einer Scheune mit Kastenspeicher für das Mittergut Klingenberg. Schreiben des Rates, in dem er a) mitteilt, daß er beschlossen habe, auf dem Schloßplatz in der Nähe der jüngsten Ausmündung der Hirschbrücke eine provisorische Schallstelle in der Form eines einfachen Häuschens zu errichten, und in dem er b) dichtet, die Vorlage über die Umgestaltung des Theaterplatzes noch vor Beginn der Stadtverordneten-Sitzungen zu verabschieden. Die Rückzahlung vorschüssig eingezahlter Kabellegungskosten. — Geheimer Sitzung.

Zusammenfassung. Gestern nachmittag fuhr ein Motorradfahrer in raschem Tempo die hohe Straße in Vorstadt Plauen herab. Als er eben die Röhrnitzer Straße kreuzen wollte, nahte ein Wagen der Straßenbahn Plauen-Blasewitz. Der Motorfahrer vermochte sein Gefährt nicht zu erhalten, noch mit ihm auszuweichen und fuhr den Straßenbahnenwagen an. Erstellt wurde im weißen Wagen bis auf den Hintersteig geschleudert, erlitt aber anscheinend keine nennenswerten Verletzungen. Das Motorrad aber kam unter den Straßenbahnenwagen und wurde zertrümmert. Der Wagen mußte erst in die Höhe geworfen werden, ehe man das Rad unter ihm herausschleben konnte. Das unvorsichtige Vergabwährtfahren auf den steilen Straßen der Vorstadt Plauen ist zu einer solchen Katastrophe für die Anwohner geworden, daß man einem solchen Fahrer zur Warnung für andere einen kleinen Denkstein nicht unabhöhnlich kann. — An dem Treppenpfeil der König-Johann-Straße mit dem Pirnaischen Platz stieß gestern mittag ein Radfahrer mit einem Automobil zusammen, wobei er erriet, daß das Rad fast vollständig zertrümmert wurde. Personenschleuderungen sind nicht vorgekommen.

Belehrte Fröschle. Gestern fand ein Radfahrer einen wertvollen Brillantring. Er konnte denselben seinem Eigentümer gleich wieder abliefern, wofür er ein 20-Markstück erhielt.

#### Und der Umgebung.

Colditz. Donnerstag den 30. Juni, abends 7 1/2 Uhr, findet öffentliche Gemeinderatssitzung statt. Tagesordnung hängt im Rathause aus.

Kleinburg. Donnerstag, abends 8 Uhr, findet öffentliche Gemeinderatssitzung statt. Das Gemeindeamt wird vom 1. Juli an nach Kleinburg Nr. 1, 1. Etage, verlegt.

Schmiedeberg. Der zweite Geistliche an der hiesigen Kirche wurde seinerzeit mit der Begründung angezeigt, daß ein Geistlicher allein die „Arbeit“ nicht bewältigen könne. Wie richtig die gegenteilige Meinung ist, hat jetzt der angestellte Hilfsgeistliche, Herr Hidmann, selbst bewiesen, indem er, trotzdem sein Amtsbruder in Jetz weit, noch Zeit genug findet, für die Gründung eines evangelischen Männervereins zu agieren. Zur Montag den 27. Juni hatte Herr Pfarrer Hidmann durch die Weißeritz-Zeitung zu einer öffentlichen Versammlung eingeladen. Die Versammlung fand im Gasthof zu Schmiedeberg statt. In der folgerichtigen Annahme, daß die Weißeritz-Zeitung in Arbeitsteilen nicht gelesen wird, glaubten wohl Herr Hidmann und seine Geiteren, unter sich bleiben zu können und die Versammlung in einem Redenbüchsen abholen zu können. Die Arbeitler hielten aber im letzten Augenblide mobil gemacht und erreichten die Abdaltung der Versammlung im großen Saale. Es mochten 400 Personen anwesend sein. Herr Hidmann gab das einleitende Referat, sprach viel von evangelischer Freiheit und Freiheit, evangelischen Männern und bezeichnete als Aufgabe des zu gründenden Vereins „das Suchen nach Wahrheit“, „Bürgen vaterländischer Meinung“, Auflösung durch lebendende Vorläufe usw. Ihn bestürzte Herr Schuldirektor Radner, der allerdings der Gründung des Vereins mit gemischten Gefühlen gegenübersteht, da er bereits sechs Vereinen angehört. Er empfiehlt dennoch die Gründung, um die Bewohner Schmiedebergs einander näherzubringen und die scharfen Gegenseiten zu mildern. Genosse Arbeiterselbstrich Weih war als Redner des Partei erschienen und diente den Herren in treffender Weise, so daß seine wiederholten Aussführungen Beifallsstürme in den Reihen

gewollter Bedeutung bei den Versammelten auslösten. Zug Schluss der Debatte entpuppte sich eine lustige Geschichte. Das Bureau weigerte sich, über einen Antrag auf Gründung eines Vereins abstimmen zu lassen, da noch gar nicht gestellt sei. Herr Hidmann glaubte, wohl eine besonders glückliche Einwendung zu machen, als er dem Genossen Weih anhieb, doch einen solchen Antrag zu stellen. Die Aufruhrerklärung wurde auch nachzutragen, doch mit der Formulierung, einen solchen evangelischen Männerverein nicht zu gründen. Da der Vorstehende, Gemeindevorstand Thiele, durchaus war, sprang ihm Genosse Weih bei und nahm die Abstimmung selbst vor, die die einstimmige Annahme seines Antrags ergab. Darauf schloß sichbar erleichtert, der Vorsteher die Versammlung. Die Versammlung verließ, da mehr als 1/2 der Teilnehmer dem Arbeitervorstand angehörte, in größter Ruhe und Ordnung.

Bereitschaftsamt für Sonntagstag.  
Bauarbeiter. Abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung im Kristallpalast.  
Bauarbeiter. Abends 7 Uhr Ruh- und Siegelfrägerversammlung im Volksbau.  
Arbeiter-Ehrennachtragsgruppenbund. Ortsgruppe Dresden. Abends 9 Uhr Übungstagabend im Volksbau.  
Arbeiter-Siegengruppenbund. Abends 8 Uhr Übungstagabend im Restaurant Stadt Dresden. Deuben, und in der Nebbohsen.

## Parteiangelegenheiten.

### Wahl der Delegierten zum Parteitag.

Nach § 7 des Organisationsstatus der Partei richtet sich die Vertretung der Reichstagswahlkreise auf dem Parteitag nach der Mitgliederzahl, die vom Parteivorstand auf Grund der nach § 6 des Organisationsstatus an die Zentralstelle abgeführten Beiträge festgesetzt wird. Der Parteivorstand hat zur Ausführung dieser Bestimmung bereits im November vorigen Jahres die Organisationen aufgelöst, ihre Rässiere zu veranlassen, daß sie vom 1. Januar d. J. ab bei jeder Abführung von Beiträgen an die Zentralstelle das zu diesem Zweck ausgestellte Abrechnungsformular benutzen sollen. Das ist leider vielfach nicht zu achten worden; da ohne diese Unterlagen die Zahl der Parteidelenktierten der Wahlkreise aber nicht festgestellt werden kann, werden die säumigen Organisationen dringend aufgefordert, die Aufzeichnung über die vereinnahmten Beiträge schnellstens, spätestens bis zum 5. Juli, dem Parteivorstand zugestellen.

## Gerichtszeitung.

### Schlossgericht.

Gestern Nachmittag und vergleichbar. In der Nähe zwischen zwei Gebäuden, einem alten Privathaus Mühle und einem Mauer-Treppen, seit Jahren errichteter Heimlichkeit. Sie begannen dann, daß Mühle den Mauern wegen Sonntagsbelästigung angezeigt. Treppen war nicht sauber und ließ seinen Nachbar bald darauf in die Straße fallen, die dieser ihm gebrannt hatte. So ging es seit Jahren da und her. Besitzer waren sie sich in der Wahl der Mittel so ähnlich gekleidet, jetzt entdeckte der jüngste Treppen aber einen Hundesessel, genau hier, wo er als „nichts Alberisches“ ins Bett zu liegen mochte — die „Kunst“. Er malte mehrere zoologische Bilder: Affen, Bären, Löwen, Löwin, Gütern usw. und hängte diese Bildergalerie in seinen Garten, oder so, daß sie kein Nachbar über die niedrige Mauer sehen mochte. Dieser degradierte sich schließlich darüber und beschwerte sich bei der Amtshauptmannschaft. Gleichzeitig erinnerte er Anzeige beim Gemeindevorstand. Es kam zu einer Versetzung des Amtshauptmannschafts, aber gegen T. ließ sich nichts machen. Er erklärte, er habe die Bilder für seine Kinder hingebracht. Er war aber sehr überzeugt, daß die zoologische Bildergalerie mit ihm geht. Er holt sich deshalb selbst und bringt die Bilder. T. beschwerte ebenfalls den Amtshauptmannschaft, der ihm in einer Anzeige wegen Sachbeschädigung offen hand, aber seine Geldstrafe war für den empfindlichen Nachbarn durchsetzt, als es eine Errettung gewesen wäre. Gestern Nachmittag beschwerte T. mit Entschuldigung, wie sein Nachbar nur wenige Meter vor der trennenden Mauer entfernt einen großen Galgen aufstellt. Am nächsten Morgen sah er schon dort hängen an dem Galgen einen Schedens und als er näher hinzutrat, sah er sich selbst als Leiche mit dem Schild um den Hals. Nicht weit davon war ein Pfosten defekt, das mit groben Buchstaben die Aufschrift trug: „Hinrichtung erfolgt“. Er verließ die Mauer und entfernte einen großen Galgen aufstehen. Der Scheden holt ihn wegen Beleidigung. T. erklärte, die Puppe als Straftheide aufgehängt zu haben, weil er so von wilden Kaninchen geplagt wurde. Die Bilder habe er für seine Kinder gemacht. Sein Nachbar sei ein alter Querulant, der sich mit seinem Nachbar bissher vertragen habe. Das Gericht bestätigte, daß er sich selbst umbrachte. Das Gericht glaubt aber sein Vorbringen nicht und verurteilte ihn wegen öffentlicher Beleidigung zu 100 M. Strafe. Wenn beledigten Nachbar wurde die Publicationsbefreiung zugesprochen.

„Zensurverweigerung.“ Der Arbeiterselbstrichter Oskar Albert Gerber stand bei dem Schuhfabrikanten Just in Arbeit, dessen Vororten Leistung sich infolge Differenzen trennen wollte. Leistung machte im Dezember d. J. S. Mitterung von seiner Mutter und berichtete sich § 8, der beim Zustandekommen seiner Gründung an ihm als Komponist eintreten sollte. Polizei I und II, kam es bei Weihnachten ebenfalls zu Differenzen, weil Just den Zulieferer bestellte. Sie können sich aber wieder aus. Bei der Vorberatung am 24. Dezember sagte J. dem S. von einem Vorfall vom 30. M. auf die Höhe zu, in der Gründung, S. werde nach den Feiertagen weiter arbeiten. Am dritten Feiertag fand S. auch wieder an, er sollte sich doch die Beleidigung nicht gefallen lassen und die Arbeit erledigen. S. legte darüber auch die Arbeit nieder. J. erkannte gegen ihn aber Anzeige wegen Beleidigung, indem er annahm, S. habe bereits am 24. Dezember die Mutter gebaut, das Arbeitsergebnis zu ihm. Durch die Erregung des Irrtums, es werde auch weiterhin für ihn arbeiten, habe er ihn bestellt. Ihm 15 M. weniger in Abzug brachte. In dem Strafprozeß wurde der Schuhfabrikant Prüfer ausgerechnet, S. gab ausreichende Antworten, sowohl hierzu gar kein Grund vorlag, als er darüber bestellt wurde, ob er bereits vor dem 24. Dezember mit S. über ihr späteres Verhältnis gesprochen hatte. Er nahm offenbar irrtümlich seine Mutter an, daß er sie durch die Vorberatungen mit S. selbst strafbar gemacht habe, daß keine ungünstigen Antworten einer Zensurverweigerung gleichkommt. Er fragt: „Was kann man doch auch?“ Das Gericht hörte das nun nicht etwa darüber auf, wann er mit seinem Bezugnis vertraut wurde, sondern bestellte ihn zu 20 M. Strafe. (Vorher erließ S. eine Urteilsnotiz, die ihm seine Strafe nicht nachgewiesen werden konnte.) — S. wurde freigesprochen, da ihm keine Strafe erfüllt nachgewiesen werden konnte.

# Fran Major von Schönebeck vor dem Schwurgericht.

He. Wittenstein. 28. Juni.

## Neunzehnter Verhandlungstag.

Die Angeklagte, doch durch den Zusammenbruch der Angeklagten des Prozesses ein vorzeitiges Ende finden und dadurch die ganze wochenlange Arbeit unsicher gemacht werden könnte, erscheint heute so nahe gerückt wie noch niemals. Die Angeklagte hatte gestern nachmittag im Hotel einen ungemein schweren Stammfall gehabt. Sie sieht heute sehr matt und übermüdet aus. Die Gesichtsfarbe ist gelblich grau. Blöße und zusammengezogene Lippen hat sie im Stühle.

Der Vorsitzende Herr Justizrat Landgerichtsrat Goebel distanziert die Probeschreitungen, die in der Fragestellung an die Sachverständigen möglichst zu beschäftigen. Verteidigung und Staatsanwaltschaft lassen Erhaltung der Witte zu.

Die Staatsanwaltschaft beantragt die Vernehmung des Zeugen Schöne, der über den Neumund des Zeugen Reubauer Auskunft geben wird. Er soll deuzen, daß die Zeugin zu Erprobungen, besonders Offizieren gegenüber, neigt. Der Zeuge gibt an, daß er Vorstand des unehelichen Kindes der Reubauer ist und sie seit Anfang 1908 kennt. Sie ist vorbehalt wegen Erprobung, wegen Übertretung militärischer Vorschriften und wegen Beleidigung. Die Verteidigung rügt als ungültig, daß der Zeuge seine Schweigepflicht, zu der er als Achtzehnmal verpflichtet war, gebrochen habe.

Zeuge erklärt, er sprach hier nicht als Rechtsanwalt sondern als Vorstand des Kindes der Reubauer. Er erzählte dann weiter, daß die Reubauer nach einer neuromantischen Heilungskräfte Ende 1908 wieder aufgetaucht ist, daß sie sich als uneheliche Tochter eines Mütters aufgegeben, einem Hauptmann ihr Kind vor die Türe gelegt und Offiziere vor der Truppe beleidigt habe. In der Heimannstraße habe sie in einem beladenen von Homosexuellen frequentierten Adressenquartier höchstens Sorge gewohnt. Sie wurde dort ermittelt, weil sie die Witte nicht bezahlte.

Die Verteidiger erklärten es als im höchsten Grade ungültig, daß der Zeuge hier erzählt, was andere ihm erzählt haben. Das sei getrost ein Verbrech gegen den heiligen Geist der Strafprozeßordnung. Die Verteidigung hörte dadurch in die unangenehme Anklage verfehlt werden, bereits eine Menge weiterer Zeugen zu laden. Auch der Vorsitzende leichtete sich dieser Auffassung allgemein an und batte die Staatsanwaltschaft, die Zeugin Reubauer nun endlich gehen zu lassen. Die Zeugin Reubauer und der Zeuge Rechtsanwalt Schöne werden darauf entlassen.

Auf Vertrag der Verteidigung erklärte Sachverständiger Weidemann Dr. Strauß, daß Goebel Selbstkrahnheit mit dem Tage auftritt, an welchem er an Herrn v. Thaer schreibt: Heute beginnt der Kampf zu weichen und heute muß ich glauben, daß es mich überhaupt nicht gelingt das. Während der Berlelung des Gutachtens des königlichen Medizinalseminars in Königsberg vom 25. November 1908 beantragt die Staatsanwaltschaft völligigen Ausschluss der Tatsachenhaft. Nachdem jedoch der Vorstand auf die ganze Zurückhaltung der Witte in der Berichterstattung in diesem Prozeß hingewiesen wird, wird der Antrag der Staatsanwaltschaft abgelehnt. Das Gutachten kommt zu folgendem Schlussfolgern: Zeichen einer organischen Erkrankung des Genitalverdienstes sind bei Frau v. Schöne nicht nachweisbar. Vielmehr behauptet die Witte, daß sie Jugend an Hölle, neben der deutliche physische Erscheinungen eindringen, die Ende 1907 einen solchen Grad erreicht hatten, daß sehr wahrscheinlich die Voraussetzungen des § 51 St. G. V. gegeben waren. Während der Berlelung des Gutachtens bricht die Angeklagte plötzlich ohnmächtig zusammen. Die Verhandlung wird auf eine Stunde vertagt. Als die Berlelung des umfangreichen Gutachtens beendet ist, wird erneut eine Pause gemacht, weil die Angeklagte wieder einer Ohnmacht nahe ist. Auch nach der neuen Pause hat sich Frau Weidemann anscheinend kaum erholt. Die Sachverständigen sind einstimmig der Ansicht, daß sie sich in einem schwer leidenden Zustande befindet.

Der Vorsitzende stellt fest, daß in der Familie Süderholt außer der geistlichen Erziehung des Vaters der Angeklagten weitere Fälle von Selbstkrahnheit nicht vorgekommen sind. — Es wird sodann das Gutachten des königlichen Medizinalseminars über Menschenleben und Menschenleid in der Erfahrung, daß Goebel als ein abnormal, minderwertiger Mann anzusehen sei, daß er jedoch nicht geistig unzurechnungsfähig sei und daher nicht unter den Schutz des § 51 falle.

Hierauf erhielt Professor Dr. Weidemann kein mindestens Gutachten. Er erklärt, daß er die vorliegenden schriftlichen Gutachten vollständig aufrecht erhält, aber daß er nach der diesbezüglichen Verhandlung noch darüber hinzuweisen habe. Er annullierte Thesen und Bedenken der Angeklagten. Sie ist erblöslich beloht.

Vorl.: Nur der Vater ist in Selbstkrahnheit verfallen. Er ist noch einem alten Leben und mehreren Feldzügen an Gehirnentzündung erkrankt. Andere Fälle sollen in der Familie nicht vorgekommen sein. — Sachvortr.: Ein Vetter militärischerseits soll noch Selbstkrahn verfallen haben.

Vorl. Rechtsanw. Wadern: Doch auch der Goebeler geistig erkrankt ist, scheint sich nicht aufrecht erhalten zu lassen. — Sachvortr.: Sicherlich leidet die Angeklagte unter erblicher Belastung. Hölleische Unfälle vorauszuschauen, namentlich in Gegenwart der Witte, ist ausgeschlossen. Was Herr Wadern in der Zukunft darüber sagt, ist der aller Versicherung für Herrn Wadern nicht aufrecht zu erhalten. Wichtiger als die überwältigende Eindrücke ist der Stimmungswandel der Angeklagten, die Neigung zur Übertriebung aller Art. Herzige und Laien haben an ihr eine große Willensschwäche und Weinschlacke kontrahiert. Sie haben von Geldmitteln her leichter und schwerer Art gehetzt. Sie hat vielleicht ihrem Ärger oft zugeführt. Personal, Wohnung und andere Mittel wirken aber auf ein schwieriges Kind weit mehr als auf ein gesundes. Witte ist mehr eine Erkrankung des Geistes als des einfachen Denkens. Der Sinn für Arbeit, für Freundschaft, Treue, Wahrheit, tritt zurück. Berühmte Brüder und Geschwister fehlen Gegenbeweis gegen die Existenz der Witte. Wie sehr dürftet der Witte die Sicht, als Märtyrer zu erscheinen. Schon in ihrem Elternhaus glaubte sich die Angeklagte schlecht behandelt. Das Moment nun, daß den schon schweren häuslichen Zustand zu verschärfen im höchsten Grade geeignet war, die Selbstkrahnheit aufzufügen, war die Gefahrenstufe mit Goebel. Goebel war zwar stark, aber nicht stark im Sinne des § 51. Die Ausrechnungsfähigkeit war bei ihm nicht ausgeschlossen, wohl aber vermindert. — Vermöglich soll das neue Strafgesetz im Regenfall zum alten den Vorriss der verminderten Ausrechnungsfähigkeit enthalten. Das Gutachten mit Goebel bestätigte die Angeklagte in einer Art Prozeß. Die Angeklagte beharrt sich auf Zeit der Witte zur Voll gezeigten Handlung in einem Zustand krankhafter Eindringung der Selbstkrahnheit im Sinne des § 51. Meine Überzeugung ist, daß sie der Unimündigkeit und der Unfallshypothese dringend bedarf. — Auf Wadern der Verteidigung erklärte der Sachverständige, daß ihm durch die mündliche Verhandlung nur Gewißheit geworden sei, daß er bei der Erstaltung seines schriftlichen Gutachtens nur als höchstwahrscheinliche Hypothese betrachtet habe. Er halte die Angeklagte auch jetzt noch mindestens in demselben Sinne für gesundheitskrank wie vor dem Zusammenreffen mit Goebel.

Nach einer Pause, während der die Angeklagte in einem für sie erstaunlichen Ausmaß übermäßig einen Ohnmachtsanfall erlitt, erklärte der letere Sachverständige, Medizinalrat Professor Dr. Suppe-Röhlingsberg, sein Gutachten. Er weist auf das Eigentümliche, Mädelartige in dem Verhalten der Angeklagten hin. Gestern abend haben sich bei ihr Verwirrtheitszustände gezeigt, bei denen das Bewußtsein aufgehoben war. Solche Zustände sah man bei der Angeklagten zu allen hier in Frage kommenden Seiten. Sie nehmenstellweise den Charakter von Delirien an. Das heißt ist, daß die Angeklagte als Vollstein zu behandeln ist. Sie kann anders betrachtet werden als unter dem Gesichtspunkt eines normalen Menschen. Vom ersten Schein des heranwachsenden Mädchens an bis zu der Zeit kurz vor der Straftat zeigt sich das Bild einer schweren Witte. Eine Verstärkung durch Selbstkrahn über Erziehung ist bei solchen Zuständen außerordentlich schwer. Man darf in dem Zustand der Angeklagten keine Geldüberprüfung über gar Geldüberprüfung sehen. Eine Witte steht vor uns, die ge-

messen werden muß mit dem Maßstab des Rechtes, nicht mit dem der Moral. Zu dieser Periode kommt man ein schwerer Widerspruch Goebel. Personen die von der Norm abweichen, stehen sich wie Magneten gegenseitig an. Die Witte, die sich zwischen beiden entmischt, ist keine normale Witte, sondern eine framphatische Witte. Es ist interessant, die Angeklagte bei den Beleidigungsszenen zu beobachten. Bald will sie etwas und im nächsten Augenblick will sie wieder nicht. Sie hat Macht in den Händen, genugend, um 250 Personen einzuhängen, aber sie benötigt es nicht zu der Tat. Sicher war sie am Morgen des 26. Dezember selbst vermisst. In den folgenden Wochen mehrheit Versteckhalt und Starheit. Goebel war schwer betroffen, aber nicht grundsätzlich im Sinne des § 51. Er befand sich bei der Tötung des Witwes in einem Zustand, den der Sachverständige als Mäßigung bezeichnete möchte. Zugleich erachtet der Sachverständige bei der Angeklagten den § 51 als vorliegend. Medizinalrat Goebel, der Vorsitzender der Volksversammlung im Berlin, hat in als geistigkrank im Sinne des St. G. V. angelebt und sich für ihre Unimündigkeit ausgesprochen. Auch der Sachverständige spricht sich für die Unimündigkeit aus, wobei jedoch der Vorwurf bemerkt, daß hier nicht in Frage komme, was in der Zukunft geschehen soll, als was zur Zeit der Tat vorlag. Auch Professor Suppe gibt zu, daß er sich in seinem mindesten Gutachten wesentlich leichter ausgedrückt habe als in seinem schriftlichen Gutachten. Von großer Bedeutung ist für ihn gewesen, daß die Angeklagte in den letzten Jahren genau dieselbe gebildet sei wie zuvor. Von einer regulären Witte Goebel kann nicht gesprochen werden. Es liegt eine gegenwärtige Witte, eine Witte über Kreuz vor. Die ganze Zeit von der Bekanntmachung mit Goebel bis zur Einsichtnahme in Dorpat sollte unter den § 51. Der Sachverständige Professor Dr. Weidemann schlägt sich dieser Zeitspanne an.

Hieraus wird die Verhandlung wegen des möglichen katholischen Heiratsvertrages auf Sonntag 9½ Uhr vorzeitig vertagt. Den Sachverständigen werden dem Verteilung nach folgende Hauptabschätzungen vorgelegt werden: Entlastung zum Nord, Entlastung zum östlichen Angiff auf einen militärischen Vorgesetzten mit Todeserfolg, Entlastung zum Nord und zum östlichen Angiff auf einen Vorgesetzten, vorher ausgelöste Begünstigung zum Nord und zum östlichen Angiff, unterlassene Anzeige vom Vorhaben des Vorhaben.

Verteidigung: In seinem gestrigen Gutachten hat Prof. Geheimrat Stolzenhoff dahin ausgesprochen, daß nicht jeder Homosexuelle als geistekrank anzusehen ist.

## 5. Verhandlung der freien Gast- und Schankwirte.

k. Hannover-Kinden. 27. Juni 1910.

### Gestor Verhandlungstag.

Im Kindener Bergbau trat heute der Verhandlung der freien Gast- und Schankwirte zusammen. Es ist bestimmt von 45 Delegierten, Vorstandmitgliedern usw. Auf der Tagessitzung steht außer den üblichen geschäftlichen Angelegenheiten eine Abstimmung über die Gewerbevereinigung und ihre Rechtsstellung, und über die Wirkung auf das Gastronomie- und Produktionsgewerbe im Verbund, der Verbandsstandort, Nürnberg über das Einlaufen und Vertrieb der Gewerbevereinigung zum Nord, Entlastung zum östlichen Angiff auf einen militärischen Vorgesetzten mit Todeserfolg, Entlastung zum Nord und zum östlichen Angiff auf einen Vorgesetzten, vorher ausgelöste Begünstigung zum Nord und zum östlichen Angiff, unterlassene Anzeige vom Vorhaben des Vorhaben.

Die verhandelnden Delegierten werden von Glogau-Görlitz-Kinden begrüßt. Es steht bereit, daß sich nach dem Kölner Verhandlungstag noch eine besondere Tagung in Berlin nötig macht, um gegen die damals noch geplante Reichsfinanzreform Stellung zu nehmen. Auch noch, nachdem dies von Junkers und Pfeiffer gesetzte Umgang mit dem Gewerbe vereinbart ist, wird erneut eine Pause gemacht, weil die Angeklagte wieder einer Ohnmacht nahe ist. Auch nach der neuen Pause hat sich Frau Weidemann anscheinend kaum erholt. Die Sachverständigen sind einstimmig der Ansicht, daß sie sich in einem schwer leidenden Zustande befindet.

Der Vorsitzende stellt fest, daß in der Familie Süderholt außer der geistlichen Erziehung des Vaters der Angeklagten weitere Fälle von Selbstkrahnheit nicht vorgekommen sind. — Es wird sodann das Gutachten des königlichen Medizinalseminars über Menschenleben und Menschenleid in der Erfahrung, daß Goebel als ein abnormal, minderwertiger Mann anzusehen sei, daß er jedoch nicht geistig unzurechnungsfähig sei und daher nicht unter den Schutz des § 51 falle.

Hierauf erhielt Professor Dr. Weidemann kein mindestens Gutachten. Er erklärt, daß er die vorliegenden schriftlichen Gutachten vollständig aufrecht erhält, aber daß er nach der diesbezüglichen Verhandlung noch darüber hinzuweisen habe. Er annullierte Thesen und Bedenken der Angeklagten. Sie ist erblöslich beloht.

Vorl.: Nur der Vater ist in Selbstkrahnheit verfallen. Er ist noch einem alten Leben und mehreren Feldzügen an Gehirnentzündung erkrankt. Andere Fälle sollen in der Familie nicht vorgekommen sein. — Sachvortr.: Ein Vetter militärischerseits soll noch Selbstkrahn verfallen haben.

Vorl. Rechtsanw. Wadern: Doch auch der Goebeler geistig erkrankt ist, scheint sich nicht aufrecht erhalten zu lassen. — Sachvortr.: Sicherlich leidet die Angeklagte unter erblicher Belastung. Hölleische Unfälle vorauszuschauen, namentlich in Gegenwart der Witte, ist ausgeschlossen.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt. Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt.

Wadern: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es sich um eine Witte handelt

